

# Pöfener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

**Annoucen-  
Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Witgenstr. 17)  
bei C. H. Mirci & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei S. Streifand,  
in L. eferik bei Ph. Matthias.

**Autoc. en-  
Annahme-Bureau.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. F. Daube & Co.,  
Haaftenstein & Vogler,  
Kudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Götting  
beim „Invalidendank“.

Nr. 440.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-  
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Sonnabend, 26. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßene Petitzeile ober deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## Amtliches.

**Berlin, 25. Juni.** Der König hat geruht: den Geheimen Ober-  
Regierungs- und vortragenden Rath im Ministerium für Landwirth-  
schaft, Domänen und Forsten, Adolph Friedrich Schartom, zum Wirk-  
lichen Geheimen Ober-Regierungsrath mit dem Range eines Rathes  
erster Klasse und Direktor der Abtheilung für Domänen zu ernennen.

## Vom Landtage.

### 84. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

**Berlin, 25. Juni.** 11 Uhr. Am Ministertische: Maybach, Hof-  
mann, Bitter, Lucius und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst drei Interpellatio-  
nen; die erste des Abg. Birchow erklärt sich der Herr Finanzmini-  
ster sofort zu beantworten bereit. Sie lautet: „Nachdem die Staats-  
regierung im Namen Preußens die Einverleibung Altonas  
und der unteren Elbe in das Zollgebiet beantragt hat,  
möchte ich an dieselbe folgende Anfrage: 1) Haben ausreichende Ermitt-  
lungen darüber stattgefunden, ob die erwarteten Vortheile der Einver-  
leibung Altonas nicht durch wirtschaftliche Nachteile für die Stadt  
überwogen werden? 2) Ist ein Kostenanschlag über die Ausgaben  
aufgestellt, welche die Einverleibung erfordern wird? und beabsichtigt  
die Staatsregierung rechtzeitig vor Beginn der Ausführung einen Be-  
schluss des Landtages über die ganze Maßnahme herbeizuführen? 3)  
Wie glaubt die Staatsregierung gegenüber den Verhandlungen des  
Reichstages vom 8. und 10. Mai d. J. ihr Vorgehen beim Bundes-  
rath, betreffend die Einverleibung der unteren Elbe in das Zollgebiet,  
zu rechtfertigen und mit der schuldigen Rücksicht auf den Bundesstaat  
Hamburg vereinigen zu können?“

Abg. Birchow: Der Reichstag hat einen großen Theil der heute  
hier aufgenommenen Fragen ungelöst zurückgelassen. Doch liegt mir  
nichts ferner als irgend ein Einspruch in die Kompetenz des Reiches.  
Ein Reichsgesetz, welches über diese Dinge entschieden hätte, ist bisher  
nicht erlassen worden, eine uns unmittelbar bindende Entscheidung  
liegt nicht vor. Wir befinden uns unserer preussischen Regierung  
gegenüber in der Lage, sie einfach zu fragen, wie sie als preussische Re-  
gierung ihre Stellung zu diesen Angelegenheiten genommen und in-  
soweit diese Stellung mit den Interessen unseres Landes verträglich  
ist, ich gehe damit nicht weiter als die Regierung und der Herr  
Ministerpräsident in seiner Eigenschaft als Reichskanzler gegangen ist,  
er in seiner Zirkularnote vom 6. Mai d. J. ausdrücklich sagte: „Als  
Vertreter Preußens habe ich die Pflicht die Rechte Preußens im Bunde  
zu wahren und für die Interessen derjenigen preussischen Unterthanen  
aufzutreten, welche durch die gegenwärtige Gestaltung des hambur-  
ger Freiabensgebietes geschädigt und im Genuße der ihnen auf  
Grund der nationalen Einigung Deutschlands im Artikel 33 der Ver-  
fassung zustehenden Rechte beeinträchtigt werden. Im Namen Preußens  
erlangt die königlich preussische Regierung die Auscheidung Altonas  
und der sonstigen preussischen Gebietstheile aus dem Freiabensgebiet.“

Der Herr Reichskanzler urgt also selbst, daß er diese Sache wesent-  
lich in seinem preussischen Interesse, also gleichsam als preussischer Mi-  
nisterpräsident, in die Hand genommen hat. Die heikle Frage, wie  
weit die Rechtsverhältnisse es jedem einzelnen Landtage gestatten, seiner  
Regierung gegenüber eine bestimmende Einwirkung auszuüben auf die  
Entschlüsse, welche sie in Bezug auf das Reich faßt, braucht man nicht  
weiter zu verfolgen. Nun muß ich hier im Voraus die sonderbare  
Thatsache konstatiren, daß die Regierung, die sich immerfort darauf be-  
ruht, wesentlich preussische Interessen zu vertreten, bis jetzt noch nie-  
mals den Versuch gemacht hat, dem Lande gegenüber darzulegen, in  
welcher Weise eigentlich preussischen Interessen getroffen werden und  
warum ein so dringender Grund zum Vorgehen vorlag. Nach den  
Zeitungen hat der Finanzminister der Altonaer Deputation ausdrücklich  
angekündigt, daß das weit gehende finanzielle Konsequenzen haben werde,  
aber wir haben bis jetzt auch keine einzige greifbare Zahl, keinen einzi-  
gen Nachweis erhalten, welche Opfer zu bringen und welche Vortheile  
zu erwarten sind. Darnach zu fragen, und zwar rechtzeitig zu fragen,  
und wir nicht bloß berechtigt, sondern auch verpflichtet. Der Staat  
hat zunächst Aussicht auf einen gewissen Vortheil, er braucht für diese  
Bezirke das Aversum von 600,000 M. an das Reich nicht mehr zu  
zahlen; im Gegentheil wird ihm mittelbar durch das Reich eine ge-  
wisse Quantität von Zolleinnahmen zustießen. Aber dieser Vortheil  
für Preußen und das Reich ist unmittelbar ein Nachtheil für Altona  
und die anstößenden in Freiabensgebiet liegenden Theile, und wenn  
es auch keinen dauernden Anspruch darauf haben, in dieser Weise be-  
vorzugt zu werden so kann doch die Lösung eines seit langen Zeiten  
bestehenden Verhältnisses nur eine schmerzliche sein. Dem stehen  
nun jene Neuerungen gegenüber, die notwendig sind, wenn die vom  
Reichskanzler der Altonaer Deputation in Aussicht gestellten  
besseren Verbindungen effectuirt werden sollen. Nach den Zeitungen  
hat der Minister Maybach der Deputation sehr weitgehende Zusagen,  
namentlich in Beziehung auf Eisenbahnbauten, gemacht. Aber nicht  
die große Eisenbahnlinien sind Altona in Aussicht gestellt, sondern  
eine große Bahnhofsanlagen, Bauten für Freilager u. s. w., un-  
erheblich kostspielige Dinge, von denen man noch nicht einmal weiß,  
wie das von Hamburg, läßt sich nicht plötzlich ändern, die einmal  
konstruirten Geschäftsverbindungen überdauern machen Stoß  
und die Zeit wird wohl ziemlich fern liegen, wo Altona durch die  
Entwicklung seines Verkehrs die etwa gemachten Ausgaben wieder an  
den Staat abzahlen kann, so daß wir ein gutes Geschäft machen  
würden. Ich lasse die Pfase mit St. Pauli bei Seite und knüpfte an  
das korrigirte Verfahren an, das allerdings schon vorliegender Weise  
am Reichstage bei der Diskussion über die Elbischiffahrtsakte in  
Betracht gezogen war, wonach die Elbzollgrenze nunmehr an die Elb-  
mündung verlegt werden soll. Für diese Verlegung giebt es kein  
anderes Interesse als das der Uferstaaten, welche bis jetzt durch die  
unteren Elbe getrennt sind und an deren Ufern dem entsprechend Zoll-  
stationen und ein erschwerter Verkehr aufrecht erhalten werden müsse.  
Nun hat auch die königliche Staatsregierung in ihrem neueren Vor-  
gehen beim Bunde anerkannt, daß es nicht möglich sein werde, auch  
wenn die Elbzollgrenze an die Mündung des Stromes verlegt  
würde, daß die Ufer vollkommen frei vom Zollschutz zu lassen. Es  
bleibt auch meines Wissens keinen großen Strom in Europa, der  
vollständig dem überseeischen Verkehr dient, an dessen unteren Uferläufen  
die Ufer so vollständig frei wären, daß sie von einem Ufer zum andern

ohne alle Beaufsichtigung verkehren könnten. An der unteren Themse  
und Seine bestehen analoge Einrichtungen. Die Regierung wird uns  
sagen müssen, wie groß die Zahl der erforderlichen Zollbeamten sein  
wird und wie die ein- und ausgehenden Schiffe behandelt werden sollen.  
Denn nicht bloß die von der See in die Elbe eingehenden Schiffe  
müssen sämtlich in einer gewissen Weise der Zollbehandlung unter-  
liegen, sondern auch die von Hamburg stromabwärts sich bewegenden  
Schiffe, welche die Zollgrenze bei Altona passieren. Es muß also, wo  
die Grenze zwischen Altona und Hamburg das Land berührt, eine  
zweite Zollgrenze in das Wasser hineingezogen werden. Die daraus  
erwachsende Erschwerung von der Größe der Ansprüche abhängen,  
die man macht. Gewöhnlich will man Anfangs milde sein und gelangt  
allmählig zu immer härteren Maßregeln.

Meine dritte Frage will nur Anlaß geben, zu prüfen, ob das Ver-  
halten der preussischen Regierung das für den Verkehr der Bundesre-  
gierungen wünschenswerthe ist. Es berührt das zunächst allerdings die  
deutsche Politik, aber es ist doch bloß eine Reichsfrage. Jedes einzelne  
Land hat doch einen Anspruch darauf, seiner Regierung, wenn sie an-  
deren Bundesgenossen gegenüber in eine schwierige und unfreundliche  
Stellung einlenkt, zurufen: wir sind mit einem solchen Verfahren  
nicht einverstanden. Die Art, wie man dem kleinen Staat Hamburg  
entgegengetreten ist, war erne mindestens sehr unfreundliche in allen  
Stadien der Verhandlungen und es fehlt noch jede Aufklärung dar-  
über, wie die Regierung plötzlich zu einem so exorbitanten Antrage ge-  
kommen ist, wie es der berühmte Antrag wegen St. Pauli war,  
warum, auch nachdem St. Pauli aufgegeben worden, mit einer solchen  
Hast und Eiligkeit diese Dinge weiter betrieben sind. Befremdlich ist  
es, daß die preussische Regierung und der Ministerpräsident so eilig ge-  
wesen sind, Bundesrathsbeschlüsse zu extrahiren, nachdem der Reichs-  
tag in einer nicht mißzuverstehenden Weise seine Stellung in einer An-  
gelegenheit genommen hatte, in der weder die Reichsverfassung, noch  
ein bestimmtes Reichsgesetz Klarheit giebt, in der es sich wesentlich  
darum handelt, durch künstliche Interpretationen neues Recht zu  
schaffen. Das hat in weiten, auch regierungsfreundlichen Kreisen tief  
geschmerzt. Die Institution des Bundesrathes ist ja an sich keine  
überaus sympathische. Die Art aber, wie er unter dem Druck des  
Reichskanzlers sich in neuerer Zeit gestaltet hat und vermöge deren er  
zu einer Art Abtheilung des Reichskanzleramtes zu werden droht, hat  
für die Entwicklung der deutschen Verfassungsverhältnisse nichts Be-  
ruhigendes. Hätte ich die Vermuthung, daß die Regierung ein voll-  
ständiges Tableau der finanziellen Konsequenzen entworfen habe, dann  
würde ich diese Frage wohl nicht gestellt haben. Ich verhehle nicht,  
es ist eine Frage des Mißtrauens; aber den Finanzminister, der ja ge-  
neigt ist, mir ganz besonders persönliches Mißtrauen auszuschleichen,  
halte ich nicht für den am meisten Verantwortlichen. Gegenüber dem  
so billigen und verständigen Vorschlag, eine eingehende Enquete statt-  
finden zu lassen, übte die Regierung einfach einen Druck aus, dem  
gegenüber dem armen Bundesrath zuletzt nichts Anderes übrig blieb, als  
Ja zu sagen, wenn er nicht den höchsten Zorn des höchsten und wich-  
tigsten Mannes in einer noch verstärkten Potenz auf sich laden wollte.  
Was für ein Grund der Eile lag denn vor, in ein seit einem ganzen  
Jahrhundert eingewurzeltes Verhältniß, in die Verkehrsverhältnisse  
plötzlich so tief einzuschneiden? Keiner, als um das Prestige zu sichern,  
das eben durch den Reichstagsbeschuß etwas geschwächt erschien. Ich  
persönlich und meine Partei haben gar kein Präjudiz in Bezug auf die  
Freiabensstellung Hamburg; wir haben sogar bei Feststellung der  
Reichsverfassung die Befreiung der Freiabensstellung beantragt.  
Also wir haben keine ausländischen Beziehungen, das können wir dem  
abwesenden Fürsten Bismarck ebensogut konstatiren, als seinerzeit, wie  
er uns des Mißtrauens mit dem Prinzen Napoleon beschuldigte. Wir  
haben auch nicht das Wahlinteresse im Auge, sondern die Würde des  
preussischen Landtags, der es widerstreiten würde, wenn wir auseinan-  
dergingen, als wäre gar nichts geschehen, nach dem in so oftensibler  
Weise unmittelbar nach dem letzten Schluß des Landtags dergleichen  
Akte vollzogen sind. Manchen wird dieses Verfahren vielleicht nicht  
patriotisch erscheinen, wir halten es für patriotisch, wir meinen, daß,  
wenn die preussische Regierung unfreundlich ist gegen die Bundes-  
genossen, es wenigstens nützlich ist, wenn der preussische Landtag  
freundlich ist. Wir können dann wenigstens etwas abhelfen und ich  
hoffe, daß jede Partei dieses Hauses sehr geneigt sein wird, ein solches  
freundliches Entgegenkommen zu fördern. (Beifall links.)

Finanzminister Bitter: Ich werde die Interpellation des  
Abg. Birchow im Anschluß an die gestellten Fragen im Namen der  
Staatsregierung wie folgt beantworten: Zu Nr. 1: Es haben sorg-  
fältige Erwägungen darüber stattgefunden, ob die aus dem Zollan-  
schluß Altonas zu erwartenden Vortheile durch wirtschaftliche Nach-  
theile dieser Stadt werden überwogen werden; aber selbst wenn diese  
Erwägungen, was nicht der Fall gewesen ist, gewisse Nachteile für  
Altona hätten erwarten lassen, würde doch durch Artikel 33 der Reichs-  
verfassung für Preußen das Recht, für das Reich aber die Pflicht er-  
wachsen sein, den Eintritt Altonas in die Zollgemeinschaft des deut-  
schen Reiches herbeizuführen. Es handelt sich hier um die Ausführung  
der deutschen Reichsverfassung, welche Se. Majestät der König als  
Kaiser laut Art. 17 derselben zu erwarten hat. Zu Nr. 2: Es sind  
bis jetzt nur überschlägliche Berechnungen derjenigen Kosten, welche  
zum Zwecke der Durchführung und Sicherstellung der Zolllinie würden  
verwendet werden müssen, aufgestellt worden. Die eigentlichen  
Kostenanschläge können erst auf Grund der inzwischen einge-  
leiteten Vorermittlungen gefertigt werden. Diese Berech-  
nungen sollen dem Bundesrathe beziehungsweise dem Reichs-  
tage vorgelegt werden. Wegen der zu verwendenden Geldmittel  
wird demnach, sobald auf Preußen zurückgegriffen werden sollte,  
den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gemäß verfahren werden.  
Zu Nr. 3: Die königliche Staatsregierung hat ihr  
Verfahren in dieser Sache den Verhandlungen im  
Reichstage gegenüber hier nicht zu rechtfertigen  
und lehnt jede Erklärung in dieser Richtung ab.  
Diesen Rücksichten, welche auf die verbündeten deutschen Staaten  
zu nehmen sind, und welche voll gewürdigt worden, sind nicht im preu-  
sischen Abgeordnetenhaus zu verhandeln, auch nicht auf diplomatischem  
Wege nach der früheren Pragmatik des aufgelösten deutschen Bundes,  
oder durch Einzelnere Handlungen zu erfüllen, sondern werden ver-  
fassungsmäßig innerhalb des Bundesrathes zur Erscheinung gebracht  
und erledigt.

Auf den Antrag des Abg. Richter tritt das Haus in die Be-  
sprechung der Interpellation ein.

Abg. v. Winnigerode: Im Namen meiner politischen Freunde  
muß ich erklären, daß wir eine Verhandlung dieser Sache, die wir als

Reichsfrage betrachten, im preussischen Landtage nicht gewünscht hätten.  
Die Nr. 3 der Interpellation scheint mir die Hauptsache, die beiden  
anderen Nummern haben nur einen dekorativen Charakter. Der dritten  
Frage gegenüber kann ich nicht unterlassen, was die Form anbetrifft,  
mein Befremden auszudrücken; es kann kaum, wenn man gewisse  
Grenzen innehalten will, ein Ausdruck mehr den Charakter des Vor-  
wurfs tragen, als wenn man gewissermaßen vorwurfsvoll sagt: Hast  
Du auch die schuldige Rücksicht genommen? Diese Form der Frage  
läßt sich vielleicht nur erklären durch Gewohnheiten, wie sie Stadtver-  
ordneten-Versammlungen dem Magistrat und Bürgermeister gegenüber  
zu haben pflegen, die in ihrer Dotation von ihnen abhängen und nach  
Ablauf der Wahlperiode an das Wohlwollen dieser Herren gebunden  
sind. (Lebhafter Widerspruch links.) Solche Ausdrücke gegenüber der  
Staatsregierung muß ich nach meinem Begriffe von dem Verhältnisse  
zwischen der Staatsregierung und der Landesvertretung energisch zurück-  
weisen. Wenn die Interpellation auf die Verhandlungen des Reichstages  
vom 8. und 10. Mai verweist, so macht das den Eindruck, als ob man  
zu Personen spräche, welche den Verhandlungen nicht gefolgt sind.  
Der Reichstag ist zu einer definitiven Entscheidung überhaupt nicht  
gekommen und gegenüber der in zweiter Lesung bevorgetretenen Mehr-  
heit von ca. 20 Stimmen ist ein lebhafter Widerspruch laut geworden.  
Wenn in Nr. 1 gefragt wird, ob ausreichende Ermittlungen stattge-  
funden haben, so glaube ich, daß der Interpellant sich selbst klar ge-  
wesen ist, daß sich die Verhältnisse nicht ziffermäßig klar legen und in  
eine Formel kleben lassen. In der Nachbarschaft von Altona liegt  
Ottensen, welches zum Zollverein gehört, während Altona noch an der  
Freiabensstellung theilnimmt. Vor 20 Jahren war Ottensen ein ganz  
unbedeutender Fleck, seine Lage dicht an der Grenze des Zollgebietes  
ohne besondere Umstände, ohne Hafenstellung, ohne Entrepots und  
ohne besondere Eisenbahnverbindungen hat es doch einen Aufschwung  
genommen und sich zu einer ansehnlichen Stadt emporgearbeitet. Ich  
ziehe daraus den Schluß, daß bei der ähnlichen Lage Altonas sich viel-  
leicht eine analoge Entwicklung herausstellen wird. Die zweite Frage  
hat der Abg. Birchow selbst schon wesentlich restringirt, indem er aus-  
drücklich anerkennt: soweit das Reich auf Grund seiner Legislation  
Beschlüsse fassen, seien wir gezwungen, deren Konsequenzen anzuerkennen.  
Welche Bedeutung aber ist dann dieser Frage noch beizumessen. Wenn  
Eisenbahnbauten notwendig sein sollten, so werden wir die darauf  
bezüglichen Kreditforderungen zu prüfen haben. Die Freiabensstellung  
Hamburgs hat sich so entwickelt, daß die ganze untere Elbe zollfrei und  
daß auch die preussischen Städte Altona und Wandsbeck dem Freiabens-  
gebiete zugelegt wurden. Dadurch wurde Hamburg, eine so verschieden  
binnenländische Stadt, direkt an die Zollgrenze gerückt und die  
Zollformalitäten empfindlich geschädigt. Dadurch, daß die Zollgrenze  
an die Ufer gelegt wurde, wurde der ganze Verkehr auf einer Länge  
von zwölf Meilen der Zollabfertigung unterworfen; ein direkter Ver-  
kehr von einem Ufer zum anderen war nicht möglich, da er den oft  
ziemlich langen Umweg über die Zollämter nehmen muß. Die Situa-  
tion wird noch dadurch erschwert, daß Ebbe und Fluth bis Hamburg  
hinwirken. Von einem Ufer zum anderen verkehren jährlich 4000 Schiffe  
und wenn die Zollerschwerungen beseitigt sind, wird sich dieser Verkehr  
noch mehr heben. Es ist notorisch, daß die von der See kommenden  
Schiffe in Cuxhaven einen Vorkurs an Bord nehmen müssen; bei dem  
dazu nöthigen Aufenthalt kann zugleich die Zollabfertigung stattfinden,  
so daß für die Schiffe, welche nach Hamburg wollen, absolut keine Be-  
lastigungen entstehen; die Freiabensstellung Hamburgs bleibt bestehen.  
Der Abg. Birchow hat es freilich abgelehnt, aber nahe liegt der Ge-  
danke, daß hier ein gewisses lebhaftes Interesse für Hamburg mitspielt,  
ein Interesse, welches ich nicht verstehe, denn in Hamburg ist man be-  
stimmlich über die Demokratie zur Sozialdemokratie übergegangen.  
(Zuruf aus der Fortschrittspartei: Durch die Schuld der Regierung!)  
Was Sie gemollt haben, weiß ich nicht; ich glaube Ihnen aber nach-  
gewiesen zu haben, was Sie auch gewollt haben: verlorene Liebesmüh.  
(Beifall rechts.)

Abg. Richter: Der Vorredner hat hier die Frage des Aversums  
zum Studium empfohlen. Nun bin ich aber gerade zufällig Derjenige,  
welcher bereits vor 2 Jahren die Frage des Aversums gegen Hamburg  
vorgebracht hat, und das beweist, wie wenig wir partikuläre hampurger  
Interessen vertreten. (Abg. v. Winnigerode: Sehr richtig!) Der  
Minister hat ja eine Antwort auf die Interpellation gegeben, die for-  
mell eine Antwort ist, aber inhaltlich durchaus nicht als eine Antwort  
gelten kann, am wenigsten auf die eingehende Rede des Abg. Birchow.  
In einzelnen Wendungen tritt ja der Stil des Herrn Reichskanzlers  
unverkennbar hervor. (Heiterkeit.) Ja, gewiß, Herr Minister! In der  
Stelle, wo von der Pragmatik des alten Bundesrages die Rede ist,  
erkennt man den Reichskanzler, wie er lebt und lebt. (Heiterkeit.)  
Der Stil ist der Mensch. (Große Heiterkeit.) Solche im Voraus  
genau festgestellte Erklärung, die keine Rücksicht nimmt auf Das, was  
hier verhandelt wird, kann uns Jeder mittheilen, der überhaupt lesen  
kann. Der Abg. v. Winnigerode hat doch wirklich eine etwas zu ge-  
ringe Auffassung von der Stellung eines Abgeordneten! Wenn wir  
eine solche Interpellation stellen, wenn wir der Empfindung einer rück-  
sichtslosen Behandlung des Bundesstaates Hamburg in einer Inter-  
pellation Ausdruck geben, so ist das die Sprache unabhängiger Männer  
der Regierung gegenüber, die ihre Stellung einem verantwortlichen  
Ministerium gegenüber wahren. Diese Sprache scheinen Sie allerdings  
nicht in dem vollen Maße zu verstehen. Rufe rechts: Nein! Diese  
Art der Auffassung einem verantwortlichen Ministerium gegenüber ist  
nicht einmal die Auffassung, welche der Stellung eines Stadtverord-  
neten entspricht, sondern weist dem Abgeordneten geradezu einen Sub-  
alternen Charakter der Regierung gegenüber zu. Mit der Verantwortung  
hat die Ausrufe des Finanzministers das bestätigt, was der Abg. Bir-  
chow mutmaßt: es ist das ein vollkommenes Verkehrspiel. Als im  
Reichstag der Abg. Wollffson seine Interpellation stellte, da wurde uns  
auch etwas vom Reichskanzler verlesen, das genau ebenso mit Rücksicht  
auf die Wahrung der Freiheit der Berathung jede Auslassung ablehnte.  
Also dort die Ablehnung, weil die Freiheit der Berathung der preu-  
sischen Regierung die Beantwortung vor dem Reichstag nicht gestattet,  
hier in der preussischen Landesvertretung beruft man sich auf den Bun-  
desrath. Im Reichstag beruft man sich darauf, daß der Antrag erst  
eingebracht und noch nicht verhandelt sei, und nun beruft man sich  
darauf, daß bereits verhandelt und Beschluß gefaßt ist. Da bleibt aller-  
dings von der Verantwortlichkeit nach seiner Seite etwas übrig. Das  
bestätigt die absolutistische Richtung, in der sich die Kanzlerpolitik ent-  
wickelt. Dann sind die Steuerzahler und Volksvertreter nichts weiter  
als die, welche nachher die Rechnung zu bezahlen haben, die ihnen  
über Maßnahmen präsentirt werden. Dann wäre es besser, Sie über-  
nahmen allein die Verantwortlichkeit dem Lande gegen-



über für die Staatsgeschäfte, wenn wir nicht in den Stand gesetzt werden, diese Verantwortlichkeit zur Wahrheit zu machen. Wenn der Abg. von Minnigerode sagt: „res judicata est“, ja, meine Herren, wie ist denn das gekommen? Es ist doch nicht Zufall, daß in derselben Stunde, als die Interpellation Birchow dem Reichskanzler zugestellt sein konnte, ganz plötzlich der Bundesrath berufen wurde, in der Sache Beschluß zu fassen, so daß die Mitglieder nicht Zeit hatten, die eingereichte Hamburger Denkschrift auch nur zu lesen. In allen seinen Schriftstücken beruft sich der Kanzler überall auf das Interesse Preußens, welches er in dieser Frage zu wahren habe. Er sagt in seinem Zirkularschreiben, als preussischer Minister des Auswärtigen habe er die Pflicht, im Bundesrath für die Interessen derjenigen preussischen Untertanen einzutreten, welche durch die gegenwärtige Gestaltung der Freihafenstellung geschädigt werden. (Sehr gut!) Dann haben auch wir als preussische Abgeordnete die Pflicht, für die preussischen Interessen und gegen die Schädigung preussischer Staatsbürger einzutreten. Wenn man sich auf die Reichsverfassung mit Obstantation beruft — der Reichskanzler liebt es überhaupt, die Person des Kaisers zu nennen, als ob er sich damit decken wollte, während es seine Aufgabe ist, die Person des Kaisers zu decken — was steht denn in der Reichsverfassung? Der Reichskanzler verschweigt den zweiten Satz des Art. 33, welcher lautet, daß die Regierungen ihrer Lage zur Einziehung in die Zollgrenze nicht geeigneten einzelnen Gebietstheile ausgeschlossen bleiben. Ob diese ausgeschlossenen Gebietstheile geeignet sind, das ist die ganze Frage! Der Vorredner meint, die Altonaer Frage hätten wir nur eingebracht, weil sie einen dekorativen Charakter für uns habe. Nein, meine Herren, die Frage ist eine überaus wichtige und schwierige, mindestens so schwierig, wie die Frage der Unterelbe, und hier zeigt sich, daß der Vorredner nicht einmal gehört hat, was der Abg. Birchow darüber gesagt und sich mit der Frage zu beschäftigen nicht Gelegenheit genommen hat. Hier spielt kein Hamburger Interesse, sie ist an sich keine Rechtsfrage. Die Hamburger sind sogar sehr froh, daß das Experiment der Einverleibung nicht an ihrem eigenen Leibe, sondern an Altona gemacht wird, und daß sie nun sehen können, welche Segnungen das mit sich bringt. Die Altonaer Frage ist eine ausschließlich preussische, wie hat man sie aber behandelt? Zuerst nicht selbstständig, sondern in Verbindung mit der Einverleibung von St. Pauli. Altona erfuhr erst, was man mit ihm vorhatte, als plötzlich der Antrag Preußens am 19. April in den Bundesrath kam. Nun ist keine Frage, die in Altona selbst so verschieden beurtheilt wird, als gerade die der Einverleibung. Die städtischen Behörden haben sich gegenüber dem fait accompli des preussischen Antrages erhalten, zur Sache ein Wort abzugeben. Sie haben nur gebeten: wenn wir durchaus einverleibt werden müssen, dann sucht die Nachtheile durch irgend welche außerordentliche Aufwendung auszugleichen. Es hat sich auch, wie das immer geschieht, wenn der Reichskanzler etwas vor hat, ein sogenannter Industrieverein gefunden, der eine Versammlung von 64 Personen abgehalten und eine Deputation an den Reichskanzler abgeschickt hat. Inzwischen kamen die andern Leute in Altona zur Besinnung, in wenigen Tagen war eine Petition mit 10,000 Unterschriften versehen, welche hat, wenn auch der Bundesrath die Einverleibung schon beschlossen, möge man es doch so lange wie möglich aufschieben. Diese Deputation kam auch nach Berlin, hat aber natürlich nicht diese günstige Aufnahme gefunden bei dem Herrn Reichskanzler, er war gerade „krank“, und die Herren sind umhergejagt von einem Minister zum andern. Zuletzt hat der Minister v. Puttkamer sich noch am eingehendsten mit ihnen beschäftigt (Weiterkeit), er hat ihnen aber offen gesagt, er könne auch nicht viel in dieser Sache thun. (Weiterkeit.) Ist denn das eine Vorbereitung, ist das eine nach allen Seiten gerechte Enquete, ist das die Art für eine so schwierige Frage? Altona ist einmal in gewisser Beziehung Vorstadt von Hamburg, und von Arbeitern, die theils in Altona, theils in Hamburg wohnen, wohnen in Altona, weil dort das Wohnen immerhin nicht so theuer ist, als in Hamburg. Zwischen diese Beziehungen wird die Zollgrenze gesetzt. Nach dem, was wir in Zeitungen gelesen, hat der Reichskanzler die letzte Deputation nicht empfangen, aber ihr durch Geheimrath Tiedemann herausgesagt lassen, Altona schiene Vorstadt von Hamburg bleiben zu wollen, das wolle er aber nicht. Wenn das wahr ist, glaube man da nicht einen Napoleon sprechen zu hören, sie volo, sie inuolvo! Durch die Einverleibung wird Altona nach zwei Seiten hin geschädigt. Es ist jetzt in Altona erheblich billiger als selbst in dem gepriesenen Ottenen gerade in Folge der neuen Gesetzgebung. Wird Altona einverleibt, so hört das nicht bloß auf, sondern die Leute gehen von Altona nach Hamburg und kaufen dort. So wird der Detailhandel in Altona geschädigt. Altonas Bedeutung als Transitort erleidet auch einen großen Schaden. Zum großen Verdruß gewisser deutscher Spiritproduzenten wird jetzt der russische Spirit dort verarbeitet und wieder ausgeführt. Das kann nicht mehr geschehen. Auch große Guts- und Stiefelgeschäfte, die für den Export arbeiten, verlieren die Grundlage ihrer Existenz. Die diesen Nachtheilen gegenüber erwarteten Vortheile sind außerordentlich problematisch. „Ich will einen Zollvereinschaden haben“, sagte der Reichskanzler. So sagten auch früher die Welfenkönige und bauten Oestemünde als Trug gegen Bremen. Aber hat sich dadurch der Handel von Bremen etwa abgewendet? Nein, aber die Bremer haben den Vortheil erlangt, daß sie in Bezug auf die Docks jetzt die Auswahl haben zwischen Oestemünde und Bremerhafen. Der Vergleich mit Ottenen, das kein Hafen ist, und 10,000 Einwohner zählt, paßt nicht. Jetzt wandern dort übrigens Woche für Woche viele durch die hohe Tabaksteuer brotlos gewordene Zigarrenarbeiter aus und daher fürchten die Altonaer auch, daß sie durch die Steuer in ihrem Exporthandel gestört werden. Auch Harburg hat, seitdem es in den Zollverein gekommen ist, nicht den erwarteten Aufschwung genommen. Die Strecke Altona-Friedrichsruhe-Lauenburg ist weder für Altona noch sonst ein Verkehrsbedürfnis. Die Scheu vor Kapitalvergeudung, die die Regierung bewog, die schon bewilligte abführende Linie Harburg-Hannover aufzugeben, kommt hier nicht mehr in Betracht. Jetzt will der Reichskanzler zu den Kampfzöllen auch Kampfseisenbahnen anlegen. Welche Perspektive eröffnet sich da für unsere Finanzlage! Nun komme ich auf die Nachtheile der Einverleibung der Elbe. Hier soll wieder Preußen in seinem Verkehr nicht getrennt werden, also fragt es sich, liegt hier wirklich ein preussisches Interesse vor? Der preussische Antrag nennt die Zahlen gar nicht, auf die es hier ankommt. Der Flußverkehr soll maßgebender sein als der Seeverkehr. Der Seeverkehr ist seit der Abfassung des Stader Zolles 1820 vollkommen frei gewesen. Beiläufig bemerkt, übernahm Hannover mit der Beseitigung des Stader Zolles gegen alle andern Staaten, insbesondere gegen England, die Verpflichtung, „unter keinem Vorwande die die Elbe passirenden Schiffe irgend einer Kontrollmaßregel zu unterwerfen“, und da wir die Erben dieser hannoverschen Verpflichtung sind, so widerspricht der preussische Antrag den vertragsmäßigen Zusicherungen. Es bewegt sich hier jährlich eine Summe von 72 Millionen Zentner Güter im Werthe von 1500 Millionen Mark, während der ganze Flußverkehr nur 18 Millionen Zentner, also den vierten Theil der Menge und nur den sechsigsten Theil des Werthes, nämlich 25 Millionen Mark, beträgt. Wie kann man da Rücksicht auf diesen Flußverkehr über die Rücksicht auf den Seeverkehr setzen? Ueberdies soll zur Vermeidung des Schmuggels die Zollkontrolle an den preussischen Ufern trotz der Verlegung der Zollgrenze an die Elbmündung fortbestehen, so daß hierdurch für den Verkehr eine Erleichterung doch nicht erzielt wird. Der Flußverkehr nach Hamburg beträgt in einem Jahre 30,000 Segelschiffe und 16,500 Dampfschiffe mit 658,000 Personen. Es sind dies zum großen Theile preussische Landleute, die ihre Produkte nach Hamburg zum Markte bringen; hört dieser Verkehr auf, so wird das preussische Hinterland empfindlich geschädigt. Die gesammte Erziehung des Verkehrs nach Hamburg kann nur den Zweck haben, auf Hamburg eine PreSSION auszuüben, damit es ebenfalls dem Zollgebiet beiträgt. Wenn man einwendet, die Zollkontrolle könne sich auf das Aufziehen einer Laterne bei Nacht und eine Flagge bei Tage beschränken, so weiß ich nicht, warum

der Bundesrath nicht einen dahin gehenden Beschluß gefaßt hat. Der Finanzminister hat jedoch ausdrücklich abgelehnt, irgend welche bindende Erklärung über die Art der Zollkontrolle abzugeben, und diese Unge- wissheit schädigt mehr als positive Nachtheile. Das Selbstbewußtsein des Freistaats empört sich dagegen und er macht seinen Widerstand zu einer Ehrensache, wenn er sieht, daß in demselben Augenblick, wo er dem Reichskanzler eine ausführliche Denkschrift mit reichem statistischen Material über die Frage einreicht, schleunig eine Sitzung des Bundes- raths einberufen wird, welche die Sache entscheidet, ohne den Mitglie- dern auch nur die Möglichkeit zu geben, die Denkschrift zu lesen und dem Befragten Gehör zu gestatten. Ist das eine Behandlung, die man einem Bundesstaate gegenüber rechtfertigen kann? Ist das die schuldige Rück- sicht, die wir in unserem Verkehr mit unseren Bundesgenossen verlangen? Verdient denn gerade Hamburg, wenn man einmal die Bundesstaaten so behandeln will, wie wir es jüngst erlebt haben — ich erinnere nur an den bairischen Gesandten — paßt sich das für einen Staat wie Preußen (Große Unruhe) gegen Hamburg, von dem ein hoher Herr bei einem Feste unlängst sagte: „Unvergessen wird es bleiben, wie Hamburg in den Tagen großer Entscheidungen dem Vaterlande seine Treue bewiesen hat. Wie es 1813 bei der Erhebung des Volkes zu den Ersten gehörte, welche das Joch der Fremdherrschaft brachen, so stand es wiederum in vorderster Reihe, als es für die lange ersehnte Wiederaufrichtung des deutschen Reichs zu wirken galt. Ebenso unbes- tritten gebührt dieser Stadt der Ruhm, die Stellung Deutschlands im Welthandel an erster Stelle begründet zu haben. Ein fühner und glücklicher Vorkämpfer für deutschen Handel und Verkehr hat Hamburg die deutsche Industrie in alle Theile der Welt getragen und eine kom- merzielle Geltung erlangt, mit welcher keine einzige Stadt des Vater- landes und nur einige Städte Europas sich zu messen vermögen.“ Nun es sind ja Republikaner, das ist wahr, aber sie geben an kaiser- licher Gesinnung und Treue keinem andern Staate etwas nach und wenn man ihnen etwas vorwerfen kann, so ist es der Personenmangel, den sie lange mit dem Fürsten Bismarck getrieben haben. (Große Unruhe.) Aber in den letzten Jahren hat der Reichskanzler diejenigen, die seine treuesten Anhänger waren, immer am meisten zurückgeschoben und am entschiedensten verleht. Am meisten aber fällt in's Gewicht die Behandlung, die er dem Reichstage angebeih'n läßt. (Auf: Wir sind im Landtage!) Es kann uns im Landtage nicht gleich- gültig sein, wie der Reichstag von der preussischen Regierung im angeblichen Namen des preussischen Interesses behandelt wird, das Ansehen des deutschen Volksvertreters ist unser eigenes Ansehen; was wir zu schützen haben, ist das Ansehen der Volksvertretung über- haupt gegen eine durchaus absolutistische Richtung. (Große Unruhe.) Der Reichstag hätte die Elbschiffahrtsakte einfach abgelehnt, aber Herr v. Bennigsen wollte dem Reichskanzler eine Rückzugsbrücke bauen, er unterbrach deshalb seinen Urlaub und erwarb die Zurückverweisung in die Kommission. Dabei erklärte er, es solle alles beim status quo bleiben, die Einverleibung der Unterelbe nach Jahresfrist vom Reichs- tage sachlich geprüft und bis dahin nicht anders als mit moralischen Mitteln, keineswegs durch direkte oder indirekte Gewalt auf Hamburg eingewirkt werden. Wie hat sich der Reichskanzler gegenüber diesem Vertrauen des Herrn v. Bennigsen verhalten? Ich selbst glaube damals, die Belagerung Hamburgs zu Wasser würde nun durch diese Beschlüsse sistirt werden, ich vertraute der Rücknahme des Reichs- kanzlers gegen die, welche ihm Rücksicht entgegengebracht hatten. Mit solchem Vorgehen mag man Erfolge des Augenblicks erreichen, aber glauben Sie doch nicht, daß mit einer solchen Art des Vorgehens sich auf die Dauer günstige Erfolge für eine Politik erzielen lassen. Damit entzieht sich der Reichskanzler die besten Stützen seiner Politik. Ich weiß, es giebt Leute, die, weil der Reichskanzler einmal große Erfolge gehabt, sich große Verdienste um den Staat erwerben hat, deshalb auch glauben, alles, was er unternimmt, müsse richtig sein, die glauben, der Reichskanzler könne überhaupt kein Unrecht thun, und dem Reichskanzler eine Unfehlbarkeit zu- sprechen, wie sie in dieser Weise niemals im Entertentesten von der katholischen Kirche in Anspruch genommen ist. (Weiterkeit; Zustimmung im Centrum.) Andere meinen, Alles, was der Reichskanzler will, muß wie ein Fatum ertragen werden, weil doch nicht dagegen aufzu- kommen sei. Ich aber sage umgekehrt: keine Partei ist gegenwärtig so, um nicht das von Herrn v. Puttkamer gegen das Centrum ge- brauchte Wort anzuwenden, derart im Verlichtigungsprozeß, wie es die Anhänger des Reichskanzlers sind. Er thut ja auch Alles, um bald diese, bald jene Kreise vor den Kopf zu stoßen und gegen sich aufzubringen! Durch dieses Vorgehen gegen Hamburg wird ja nicht bloß Hamburg, sondern werden Alle, die mit ihm Geschäfte haben, der ganze deutsche Handel aufgeregt und aufgebracht. (Sehr richtig! links.) Solche Politik vertragen zuletzt Handel und Gewerbe und die materiellen Interessen nicht mehr. (Widerstand rechts.) Nein, der redliche, ordentliche Geschäftsmann verlangt vom Staate Sicherheit, daß ihm nicht die Grundlagen seines Geschäfts heute durch ein neues Steuer- projekt, morgen durch ein anderes Projekt über den Haufen geworfen werden. Kein Geschäft ist ja mehr vor dem Reichskanzler sicher, mit Ausnahme der Brauntweinbrennerei. (Sehr gut! links; große Heiterkeit.) Erst kommt ein neuer Zoltarif, dann soll große Ruhe sein, aber ein neuer Eisenbahntarif soll Alles umgestalten. Ist das zurückgeschlagen, so kommt das Tabakmonopol. Nachdem wir dieses verweigert haben, wird die Industrie beunruhigt durch Ausdeh- nung der Strapsburger Tabakmanufaktur. Gleichzeitig nimmt der Reichskanzler zusammen mit Herrn Mosle das Projekt der surtaxe wieder auf und beunruhigt dadurch den ganzen Westen Deutschlands. Da soll ein ordentlicher Mann noch Geschäfte machen können? Wenn Sie, m. H. rechts, so konservativ wären, so würden Sie versuchen, den Reichskanzler, wenn es noch möglich ist, auf dieser abschüssigen Bahn zurückzuhalten, dann müßten Sie gleich uns eine solche Politik be- kämpfen, die in der That keine konservative, keine erhaltende, sondern eine in jeder Richtung störende ist. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Windthorst: Für die Interpellation, wie sie gestellt ist, kann ich mich nicht aussprechen, auch habe ich kein Interesse daran, heute hier im Hause Angriffe auf den Reichskanzler zu machen. Die Volksvertretung soll eine solche Frage nur anregen, wenn sie die Mittel besitzt, ihrer Anschauung auch Nachdruck zu geben. (Abg. Birchow ruft: Wie soll sie denn das machen!) Ja, ich habe auch viele Wünsche, auf die ich verzichten muß, die Erfahrung habe ich erst in den letzten Tagen in Folge der Haltung des Kollegen Birchow gemacht. (Weiterkeit.) In der Sache selbst bin ich nicht genug instruiert, um zu entscheiden, in wie weit es zweckmäßig ist, Altona in den Zollverein einzuschließen, ich gebe also kein Urtheil über diese Frage ab. Wir werden in den Fall kommen, Kosten bewilligen zu sollen, dann werde ich mit für die Beschaffung des Materials zu der Frage eintreten und wenn ich mich überzeuge, daß der Anschluß nicht im Interesse Altonas liegt, so werde ich überlegen, wie weit wir berechtigt sind, die Kosten zu vermei- gern. Was den zweiten Theil der Interpellation betrifft, so bin ich über- zeugt, daß es rechtlich nicht zulässig ist, die Unterelbe zur Zeit schon in den Zollverein zu ziehen; die noch bestehende Elbaste schließt das aus. Ich bin neugierig, wie die Dinge sich entwickeln werden, und ob namentlich nach dem § 115 der wiener Kongressakte geschehen dürfte, was geschehen ist. Hier ist aber nicht der Platz, irgend welche Bedenken mit Erfolg geltend zu machen, die Frage gehört in die Initiativen des Reiches oder in die auswärtige Politik. Ich will nur hervorheben, daß man in Hannover aus Rück- sicht auf die wiener Kongressakte immer Bedenken gehabt hat, die Elbe nicht vollkommen frei zu lassen. So lange Hamburg nicht selbst in seinem Interesse den Zollanschluß wünscht, sollen wir weder direkt noch indirekt etwas thun, was die freie Entschließung der Stadt be- einträchtigt. Ich halte dafür, daß das Wohlbefinden Deutschlands davon abhängt, daß jeder Bundesstaat das Gefühl hat, wie ihm in der Bundesakte gelassene Selbstständigkeit sei unantastbar, und die Beunruhigung in Deutschland kommt zum Theil von der Furcht, daß

dieser Rest von Selbstständigkeit eingeschränkt oder beseitigt werden könne. Doch auch diese Sache gehört in den Reichstag. Der Ansicht des Herrn v. Minnigerode muß doch widersprochen werden, als ob die preussischen Mitglieder des Bundesrathes für ihre Abstimmung nicht der Landesvertretung verantwortlich wären. Die einzelnen Mitglieder sind allerdings nur dem Minister verantwortlich, dieser aber hat die Verantwortung über die Abstimmung uns gegenüber unzweifelhaft. Die einmal stattgefundenen Abstimmungen werden dadurch allerdings nicht berührt, die bleiben bestehen. Die Interpellation kann auch aus dem Grunde keinen Erfolg haben, weil wir nicht mehr in der Lage sind, etwas zu verhindern, wir stehen einem fait accompli gegenüber, öffentlichem Leben nie etwas, wovon ich mir keinen Erfolg verspreche.

Abg. Warburg: Die erste Frage, ob genügende Ermittlungen stattgefunden haben, konnte nicht bejaht werden, denn es haben keine stattgefunden. Sie sind aber durchaus nothwendig, denn die Existenz Altonas ist bedroht, wenn es die Freihafenstellung verliert, ehe Ham- burg dem Zollverein beiträgt. Altona ist nur ein Theil eines großen Komplexes, der außerdem aus Hamburg, Wandsbek, Ottenen und vielen Dörfern besteht. Es wohnen dort auf einer Quadratmeile an 600,000 Menschen. Im Laufe der Jahrhunderte haben sich zwischen diesen unendlich viele Verbindungen und Beziehungen gewerblicher und merkantiler Art ausgebildet, die eigentlich den Boden bilden, in dem ihre Existenz wurzelt, während selbstständig der Großhandel Hamburgs die letzte solide Basis bleibt. Altona gravitirt nach Hamburg, und wenn man es von demselben isolirt, so durchschneidet man eine Lebensader der Stadt. Schon vor 12 Jahren, bei der Verhandlung über die Aperia, habe ich diese Verhältnisse hier behandelt und habe damals gesagt, daß Altona sich in der merkwürdigen Lage befindet, von Hamburg zu leben und an Preußen zu steuern. Diese Sachlage besteht heute noch. Vor 200 Jahren, ehe Altona Stadt wurde, siedelten sich schon in der Nähe Hamburgs zahlreiche Gastwirthe und Hand- werker an, das war der erste Anfang von Altona. Die Anfliehenden wuchsen und 1664 ertheilte Friedrich III. von Dänemark der Ortschaft Altona Stadtprivilegien, in der Absicht, die Herzogthümer Schleswig-Holstein von der Abhängigkeit zu befreien, in die sie Hamburg und große Zollbegünstigungen von Hamburg wurde, und daß es viel we- niger von dem berührt wurde, was in Schleswig-Holstein und Kopen- hagen vorging, als von den hamburgischen Verhältnissen. Die Zollbe- günstigungen Altonas erregten vielfachen Neid und der holländische Provinziallandtag beantragte 1834, dieselben aufzuheben. Darauf ging die Regierung natürlich nicht ein, weil sie am besten wußte, daß Altona nur eine Treibhauspflanze war und nur in derselben Weise erhalten werden konnte. Aus Mache wegen der Haltung Altonas im Jahre 1848 beschränkte Dänemark die Zollbegünstigungen im Jahre 1854 sehr stark, seit der Zeit datirt der Rückgang des Handels in Altona. Wenn jetzt so über die schlechten Zeiten geklagt wird, so liegt das in der all- gemeinen Kalamität und in der Konjunktur, es sind überall stille Zeiten im Handel und es wird mit der Zeit auch besser werden. Als Altona 1867 preussisch wurde, zeigte es sich bei den ersten Landtagswahlen, daß lediglich ein Mann zum Kandidaten gesucht wurde, welcher für die Freihafenstellung einzutreten bereit war, bei der Wahl in die Stadtvertretung fand diese Rücksicht natürlicher Weise nicht statt und so mag es kommen, daß gegenwärtig manche Stadtverordneten in Altona sind, die vielleicht aus Geschäftsinteressen für den An- schluß in den Zollverein sind. Die Kundgebung des Magistrats schon charakterisirt; ich glaube überdies, daß bei einer so wichtigen Frage kaum diese beiden Kollegen, die zusammen einige 30 Personen umfassen, kompetent sind, sondern daß man an die gesammte Bürger- schaft appelliren müßte, es wäre eine gründliche Untersuchung jedes Geschäftsweiges nöthig und es müßte festgestellt werden, ob derselbe durch einen Zollanschluß gewinnt oder verliert. Die weit überwiegende Mehrheit der Bürger ist für die Aufrechterhaltung der Freihafenstellung, und es ist für jeden Unparteiischen unzweifelhaft, daß gewisse große blühende Geschäfte bei Eintritt in den Zollverein Altona verlassen müßten. Ein nicht unwesentliches Moment ist die Petition, die sich für die Freihafenstellung ausspricht und 10,000 Unterschriften mit An- gabe des Standes und der Wohnung aufweist, ich weiß, daß haupt- sächlich Haushaltungsvorstände und Geschäftsmänner unterschrieben haben. Alle Gewerke sind für die Freihafenstellung eingetreten, ebenso die Tabakfabrikanten, die Kolonialhändler und Manufakturisten. Für mich persönlich ist die Frage ein einfaches Rechenergpiel. Wenn ich annehme, daß die Stadt 16—20 Tausend Einwohner zählt, die sich selbstständig ernähren, und eine gründliche Untersuchung ergibt, daß davon 3000 oder 5000 durch den Zollanschluß gewinnen, die anderen aber verlieren und in ihrer Existenz vernichtet werden, so ist die einfache Konsequenz, daß man darauf verzichtet, die Stadt in den Zollverein zu nehmen. Die Aufgabe, das in Zahlen aus- zudrücken, bleibt der Enquete vorbehalten, die zu veranlassen nothgedrungen die Freihafenstellung Hamburgs; es wird nie ge- beiligt. Gevatter Schneider und Handschuhmacher glauben vielleicht, daß ihnen dann die gebateten Tauben in den Mund fliegen würden, auch manche Interessen Altonas durch die überlegene Konkurrenz Ham- burgs, wie z. B. bei dem Viehmarkt und den Schlachthäusern geschä- digt werden, und daß die Geschädigten darüber klagen, wo es sich aber um große gemeinnützige Anstalten in Hamburg handelte, hat Altona stets Zutritt gehabt, so zur Börse u. s. w. und hat davon Gebrauch gemacht. Wie läßt es sich vereinigen, daß die Regierung einmal sagt, sie müsse den Zollanschluß Altonas im Interesse dieser Stadt herbei- führen, das andere Mal, sie müsse es aus Gründen der Reichsver- fassung thun. Altona hat ja das Wohlwollen der Regierung schon oft erfahren und ich kann nur wünschen, daß es auch weiter so sei, aber selbstjam ist es doch, daß sie sich der Verpflichtung, Altona in den Zollverein aufzunehmen, erst jetzt bewußt wird, und es ist ein merk- würdiges Zusammentreffen, daß dieses Bewußtsein gerade in dem Augenblicke zu Tage tritt, wo der Wunsch laut wird, Altona dem Zollverein anzuschließen. Es klingt scherzhaft, wenn man davon spricht, es solle Altona „von der übermächtigen Konkurrenz Hamburgs“ be- freit werden. Umgekehrt wird ein Schuh daraus, Hamburg hat uns par excellence, der große potenzierte, keine Kaufmann, der den Grund- satz hat: leben und leben lassen. Wir leben von Hamburg, und wenn Sie, so lange Hamburg nicht freiwillig dem Zollverein beiträgt, Altona allein hineinzwängen, schnüren Sie uns geradezu die Kehle zu. Ich hoffe motivirt zu haben, daß ich mit Recht an die königliche Regierung Wege nicht weiter zu gehen, ehe eine gründliche und sorgfältige En- quete stattgefunden hat. Wenn es zur Entscheidung kommt, so würde ich mich glücklich schätzen, wenn das hohe Haus die von mir ange- deuteten Wünsche und Bitten wohlwollend unterstützen wollte. (Bei- fall links.)

Es folgt die Interpellation des Abg. v. Suenne: 1) Welche Maßregeln hat die königliche Staatsregierung getroffen, um der Wiederkehr eines Nothstandes in Ober-Schlesien vorzubeugen? 2) Wie weit sind speziell die für die Nothstandsdistrikte in Aussicht ge- nommenen Eisenbahnbauten vorbereitet?

Abg. v. Suenne: Bei der Beratung der Frage, welche Vorlagen in der Nothsituation zu beraten seien, habe ich den Wunsch ausge- sprochen, daß auch die sogenannten Nothstandsvorlagen dazu gehören möchten. Das war leider nicht möglich und ich bin deshalb gewun- nen, den Weg der Interpellation zu beschreiten, um der Regierung Gelegenheit zu geben, gewisse Besorgnisse zurückzudrängen, welche da-



umgeben, daß manche dieser Maßregeln nicht in dem Maße zur Ausführung gelangen sollen, wie man es anfangs beabsichtigte. Auf das Materielle der ober-schlesischen Verhältnisse gehe ich nicht ein; dasselbe ist in den früheren Debatten vollständig erschöpft. Man hat mit der einmaligen Unterstützung zwar momentan die akute Krankheit beseitigt, aber die chronische Krankheit ist geblieben. Die Regierung hat aber anerkannt, daß für Oberschlesien die Vorbedingungen einer gefunden wirtschaftlichen Entwicklung erst geschaffen werden müssen; sie hat uns sogar einen skizzenhaften Plan dafür entwickelt. Unter den vielen Maßregeln hob sie besonders die Drainagen hervor. Ich bitte hauptsächlich in dieser Beziehung um Aufmerksamkeit, weil gerade diese Melioration den landwirtschaftlichen Betrieb erleichtern soll. Auch auf den Eisenbahnbau in jenen Gegenden lege ich großen Werth, denn erstens schafft er viele Arbeitsgelegenheiten, der man dort sehr bedarf und zweitens wird er von erheblicher Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung jener Landestheile sein. Es ist richtig, wenn die Regierung hierzu die Interessenten und anliegenden Bahnen nach Maßgabe ihres Interesses und ihrer Mittel heranzieht. Die drei Bahngruppen, die uns vorgeführt werden, sind in dieser Hinsicht ganz verschieden. Bei Döbeln-Neiße mit der Abzweigung nach Grottkau sind einzelne wohlhabende Interessenten vorhanden, die sich auch entsprechend beteiligen haben und noch beteiligen werden. Im Uebrigen ist der Kreis Falkenberg, der davon hauptsächlich berührt werden soll, kein wohlhabender, sondern ein Kreis, der durch eine große Wohlthat erfahren wird. Ich möchte die königliche Regierung bitten, bei der gewissen Art von Vermittelung, welche sie ausübt bei der Abwägung der Leistungen der ober-schlesischen Bahn gegenüber, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Forderungen der ober-schlesischen Bahn den wirklichen Verhältnissen und der Leistungsfähigkeit der Kreise entsprechen. Erwähnen möchte ich noch, daß bei der hiesigen Anlage der Bahn die Kreisstadt Falkenberg eine gewisse Bedeutung erfahren müsse, da sie durch Verlegung des Kreisgerichts eine große Einbuße erlitten hat. Die zweite Bahngruppe im nördlichen Oberschlesien in dem Kreise Lublitz-Rosenberg ist am weitesten in der Entwicklung vorgeschritten. Der Schwerpunkt der ganzen Frage liegt in dem Bahnprojekt für die eigentlichen Nothstandsgebiete Pleß und Hybnitz. Hier ist gerade die Besorgniß hervorgetreten, daß die Projekte nicht in dem Umfang zur Ausführung kommen, wie beabsichtigt waren. Es knüpft sich die Besorgniß an den Umstand, daß die ober-schlesische Bahn speziell ein Projekt Hybnitz-Loslau mit Fortsetzung bis Jastrzemb jetzt aufgenommen hat, und es entsteht die Frage, ob nicht dadurch die Hauptbahn, die dort projektirt ist, eine Verlagerung erfahren würde. Die dortigen Interessenten haben, wie überall, abweichende Wünsche. Aber darin stimmen Alle überein, daß ohne eine Durchführung der betreffenden Bahnlagen bis zur Landesgrenze oder bis zum Anschlusse an einen südlichen Punkt der ober-schlesischen Bahn der Zweck, den man erreichen will, nicht erreicht wird. Am zweckmäßigsten würde wohl eine Linie sein, welche etwa bei Orzesche die frühere Wilhelmsbahn durchschneidet, dann Sorau berührend über Jastrzemb südlich den Anschluß sucht und mit einer Zweigverbindung Jastrzemb-Loslau nach Hybnitz in Verbindung tritt. Dann würde natürlich die Bahnlinie durch das eigentlich zu erschließende Kohlenrevier gehen und für die dort neu entstehende Kohlenindustrie das österreichische Absatzgebiet — das Hauptabsatzgebiet für dieselbe — eröffnen, während die Linie, die bis jetzt allein in sichere Aussicht genommen ist, einen so weiten Transport voraussetzt, daß die neu zu eröffnenden Gruben mit den alten nicht werden konkurriren können. (Beifall.) (Schluß folgt im Abendblatt.)

### Telegraphische Nachrichten.

**Königsberg i. Pr., 25. Juni.** Bei der Landtagsersatzwahl im 7. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Königsberg erhielt von den abgegebenen 294 Stimmen C. Görig in Reidenburg (Fortfchr.) 153, Major Rode in Hort (konserv.) 141 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

**Darmstadt, 25. Juni.** Der Großherzog ist heute hier wieder eingetroffen.

**Gmü., 25. Juni.** Se. Majestät der Kaiser wohnte gestern Abend der Vorstellung im Theater bei. Heute setzte Se. Majestät die Kur fort, machte dann eine Promenade und nahm später den Vortrag des Chefs des Civilkabinetts, v. Wilmowski, entgegen. Zur kaiserlichen Tafel sind heute u. A. Generalleutnant Frhr. v. Fritsch und Erzelenz Frhr. v. Fritsch, sowie der deutsche Ministerresident in Marokko, v. Weber, geladen.

**Wien, 24. Juni.** Der „Polit. Korresp.“ aus Paris und aus Philippopol zugegangene Briefe signalisiren übereinstimmend die Eventualität, daß Aleko Pascha, welcher sich am Sonnabend nach Konstantinopel begiebt, nicht mehr als Generalgouverneur von Ostromelien nach Philippopol zurückkehren werde.

**Wien, 25. Juni.** Meldung der „Polit. Korresp.“ aus Konstantinopel: In der bereits signalisirten Note der Pforte vom gestrigen Tage bezüglich Montenegro wird auch der Vorwurf zurückgewiesen, daß die Pforte den bei der Besetzung von Podgoriza vorgekommenen Zwischenfall verschuldet habe. Der Kommandant von Podgoriza hätte bei dem Empfang der Nachricht, die betreffenden Positionen innerhalb 7 Stunden zu räumen, Protest erhoben und die in der türkisch-montenegrinischen Konvention stipulirte 24stündige Frist verlangen sollen. Die Albanesen hätten kein anderes Unrecht begangen, als daß sie der Nothwendigkeit der Politik keine Rechnung trügen. Die Pforte bietet Montenegro eine Vergütung der in den abgetretenen Gebietsstheilen erhobenen Steuern an.

**Paris, 24. Juni.** [Deputirte n. k. a. m. e. r.] Das Budget des Kultusministeriums wurde angenommen. Ein Antrag auf Wiederherstellung der früheren Ziffer für die Besoldung der Prälaten und Kardinalen war abgelehnt worden. Bei der Berathung des Budgets des Kriegsministeriums führten mehrere Redner Klage über die Schwäche des Effektivbestandes der Armee. Der Referent erklärte darauf, daß der Kriegsminister diese Frage in Erwägung gezogen und beschlossen habe, die Lücken bei der Infanterie durch eine bessere Vertheilung des Jahreskontingents auszufüllen.

[Senat.] Bei der Berathung des von dem Senator Demôle erstatteten Berichts, welcher empfiehlt, die gegen die Dekrete vom 29. März c. gerichteten Petitionen einfach zurückzuweisen, wendete sich der frühere Präsident des Senates, Audiffret-Pasquier, lebhaft gegen die Dekrete und trat für die Rechte des Gewissens und für die Rechte der Familienväter ein. Der Redner betritt dem Staate das Recht, sich gewissermaßen der Kinder zu bemächtigen und verlangte die Ueberweisung der in Rede stehenden Petitionen an den Konseilspräsidenten und den Justizminister. Demôle trat hierauf für den in dem Berichte empfohlenen Antrag ein. Broglie suchte nachzuweisen, daß die von der Regierung hierbei angerufenen Gesetze nicht anwendbar seien.

**Paris, 25. Juni.** [Senat.] Der Konseilspräsident Freycinet erwiderte heute auf die gestrigen Ausführungen Audiffret-Pasquier's und Broglie's, indem er hervorhob, die Regierung sei, nachdem der Senat den Artikel 7 des Ferry'schen Unterrichts-gesetzes verworfen habe, der eine Transaktion gewesen sei, in die Nothwendigkeit versetzt worden, die bestehenden Gesetze in Anwendung zu bringen, da das Land Garantien gegen die Uebergriffe der Kongregationen verlange. Freycinet bedauert die Haltung der Kongregationen, von denen keine die staatliche Autorisierung nachgesucht habe; die Kongregationen hätten hierdurch die wohlwollenden Dispositionen der Regierung paralytirt, letztere könne aber nicht die Rückkehr der Theokratie und der Kongregationen, welche ihre Befehle vom Auslande erhielten, dulden. Bocher (linkes Zentrum) spricht für Aufrechterhaltung der Rechte der Familienväter. Der Senat lehnte schließlich mit 143 gegen 127 Stimmen den Antrag Audiffret-Pasquier, die Petitionen gegen die Dekrete an den Konseilspräsidenten und den Justizminister zu überweisen, ab und nahm darauf den Uebergang zur Tagesordnung an.

**London, 24. Juni.** [Unterhaus.] Auf eine Anfrage Otway's erklärte Unterstaatssekretär Dilke, die Regierung habe keine Nachricht erhalten, daß Moukhtar Pascha zum Oberbefehlshaber der türkischen Truppen in der europäischen Türkei ernannt worden sei. Die Stärke der türkischen Truppen in Macedonien und dessen Umgebung betrage nicht 80,000 Mann. Der Premier Gladstone beantragte die zweite Lesung der Bill betreffend die bekannten neuen Finanzvorschläge und erklärte, daß der Termin für die Einführung der neuen Weinzölle noch hinausgeschoben werden müsse, weil es nicht wahrscheinlich sei, daß das bezügliche neue Abkommen mit Frankreich bis zu dem zuerst in Aussicht genommenen Termine getroffen sein werde. Er glaube, daß die Unterhandlungen mit Frankreich im Herbst beginnen und wahrscheinlich im Januar abgeschlossen würden. Nach längerer Debatte wurde die zweite Lesung der Bill betreffend die neuen Finanzvorschläge ohne Abstimmung angenommen. Im Laufe der Debatte war von verschiedenen Seiten betont worden, daß kein Grund vorhanden sei, Frankreich günstiger zu behandeln als andere Länder und daß England für Zugeständnisse seinerseits auch Vortheile eintauschen müsse. Der Premier Gladstone hielt die Grundsätze seiner Vorschläge betreffs der Weinzölle aufrecht.

Das Oberhaus nahm die Begräbnißbill in dritter Lesung an.

**London, 25. Juni.** [Unterhaus.] Labouchere kündigte an, daß er am nächsten Dienstag die Annullirung des betrefss Bradlaugh's gefaßten Beschlusses beantragen werde. Der Premier Gladstone erwiderte, das Kabinett werde morgen über Maßregeln berathen, um die Rechte Bradlaugh's aufs Neue in Erwägung zu ziehen. Er sei damit einverstanden, daß die Debatte über diese Frage nicht später als am Dienstag stattfinde.

**Konstantinopel, 25. Juni.** Die Pforte hat in einer Note vom gestrigen Tage den Montenegro betreffenden Theil der identischen Note der Mächte beantwortet. In derselben ersucht die Pforte um Zeit zur Durchführung des Memorandums vom 14. April und erklärt sich bereit, jeden anderen Vorschlag anzunehmen, welcher geeignet sei, die gegenwärtigen Schwierigkeiten ohne Blutvergießen zu beseitigen.

**Konstantinopel, 25. Juni.** Artin Dadian Efendi ist zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen ernannt worden. Derselbe wirkte in letzter Zeit im Sinne der Annäherung zwischen dem Minister des Innern Namud Rebin Pascha und dem englischen Botschafter Goschen und dürfte, seiner Herkunft nach Armenier, sich demnächst vorzugsweise der Förderung der armenischen Reformfrage widmen.

**Konstantinopel, 25. Juni.** In der gestrigen Sitzung der internationalen Reformkommission legten die türkischen Kommissare den Entwurf des endgiltigen Provinzialstatuts vor, das bis zum Artikel 100 von der Pforte bereits angenommen und welches für die fünf Vilajets gleichlautend ist. Die Kommission diskutirte zunächst über den Zeitpunkt für die Berathung der Vorlage.

**Ragusa, 25. Juni.** Der englische Konsul Green hat seine Mission, die Albanesen zu beschwichtigen, als gescheitert aufgegeben und wird demnächst nach Skutari zurückkehren. Die Albanesen halten an dem Prinzip der Nationalität fest und organisiren einen Widerstand, um die Abtretung von Dulcigno zu verhindern. Die albanesischen Stämme nehmen die Waffen wieder auf.

**Cincinnati, 24. Juni.** Das Programm der demokratischen Konvention enthält folgende Hauptpunkte: Die Zentralfaktion der Verwaltung ist zu bekämpfen; die Trennung der Kirche vom Staate ist zu unterstützen; um die Aufrechterhaltung des Vertrauens im Lande zu sichern, soll ein auf dem wahren Werthe beruhendes Münzsystem in Gold, Silber und Papier, das auf Verlangen in Metallgeld einlösbar ist, empfohlen werden; Tarife sollen nur als Einnahmequelle existiren, der Staatsvertrag mit China soll dahin abgeändert werden, daß die weitere Einwanderung der Chinesen gehemmt werde.

**Rio de Janeiro, 25. Juni.** Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Buenos-Ayres hat am 22. d. zwischen den Nationaltruppen und den Provinzialtruppen ein Zusammenstoß stattgefunden, bei welchem letztere geschlagen wurden; ein Versuch der Nationaltruppen, einen Sturm auf die Stadt zu machen, wurde vereitelt.

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Bosen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

**Wasserstand der Warthe.**  
Bosen, am 24. Juni Mittags 1,50 Meter.  
" 25. " " 1,40 "

### Telegraphische Börsenberichte.

**Frankfurt a. M., 25. Juni.** (Schluß-Course.) Ziemlich fest, aber still, nur Galzler lebhaft steigend.  
Lond. Wechsel 20,46. Paris 80,97. Wiener do. 173,50. R.-M.-St.-A. 147. Rheinische do. 159,3. Hess. Ludwigsb. 100,3. R.-M.-Br.-Anth. 132,4. Reichsanl. 100,3. Reichsbank 149,3. Darmstb. 146,3. Meiningen B. 96,3. Ost.-ung. B. 720,00. Kreditaktien\* 244,3. Silberrente 64,3. Papierrente 63,3. Goldrente 77. Ung. Goldrente 95,3. 1860er Loose 126,3. 1864er Loose 312,50. Ung. Staatsl. 218,00. do. Ost.-Dbl. II. 87,3. Böhm. Westbahn 198. Elisabethb. 164,3. Nordwestb. 145. Galzler 243,3. Franzosen\* 245,3. Lombarden\* 72,3. Italiener —. 1877er Russen 94,3. II. Orientanl. 61,3. Zentr.-Pacific 110,3. Diskonto-Rommandit —. Elbthalbahn —.  
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 244,3, Franzosen 245,3, Galzler 244, ungarische Goldrente 95, II. Orientanleihe 61,3, 1860er Loose —, III. Orientanleihe 61,3, Lombarden —, Schweizer Zentralbahn —, Mainz-Ludwigshafen —, 1877er Russen —.  
\*) per medio resp. per ultimo.

**Frankfurt a. M., 25. Juni.** Effekten-Sozietät. Kreditaktien 243,3, Franzosen 244,3, Lombarden 72,3, 1860er Loose —, Galzler 244, österreich. Silberrente 63,3, ungarische Goldrente 95, II. Orientanleihe 61,3, österr. Goldrente 76,3, Papierrente —, III. Orientanleihe —, 1877er Russen —, Meiningen Bank —, Matt.  
**Wien, 25. Juni.** (Schluß-Course.) Realisirungen drückten, schließlich fester.  
Papierrente 73,50. Silberrente 74,10. Dester. Goldrente 88,60. Ungarische Goldrente 110,05. 1854er Loose 122,50. 1860er Loose 133,50. 1864er Loose 173,00. Kreditloose 180,50. Ungar. Prämien. 114,50. Kreditaktien 281,40. Franzosen 282,50. Lombarden 83,00. Galzler 279,25. Kasch.-Oderb. —. Parubitzer —. Nordwestbahn 169,00. Elisabethbahn 190,00. Nordbahn 2510,00. Desterreich-ungar. Bank —. Tür. Loose —. Unionbank 111,60. Analo-Austr. 136,70. Wiener Bantverein 136,70. Ungar. Kredit 265,25. Deutsche Plätze 56,95. Londoner Wechsel 117,15. Paris 80,46,30. Amsterdamer do. 96,60. Napoleons 9,34. Dufaten 5,54. Silber 100,00. Marknoten 57,52,3. Russische Banknoten 1,25. Lemberg-Cernowitz 167,50. Kronpr.-Rudolf 163,00. Franz-Josef 169,50.  
Nachbörse: Franzosen 284,00, Galzler 281,50.

**Wien, 25. Juni.** Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betragen in der Zeit vom 9. bis zum 18. Juni 357,177 fl., ergaben mithin gegen dieselbe Zeit des Vorjahres eine Mindereinnahme von 41,645 fl.

**Paris, 25. Juni.** (Schluß-Course.) Bewegt.  
3proz. amorv. Rente 67,25. 5proz. Rente 85,20. Anleihe de 1872 119,25. Italien. 5proz. Rente 87,65. Dester. Goldrente 76,3. Ung. Goldrente 96,3. Russen de 1877 97,3. Franzosen 615,00. Lombardische Eisenbahn-Aktien 180,00. Lombard. Prioritäten 268,00. Türken de 1865 10,90. 5proz. rumänische Anleihe 77,00.  
Credit mobilier 640. Spanier ext. 18,3. do. inter. 17,3. Suezkanal-Aktien —. Banque ottomane 542. Societe generale 555. Credit foncier 1250. Egypter 310. Banque de Paris 1122. Banque d'escompte 810. Banque hypothecaire 605. III. Orientanleihe 61,3. Türkenloose 35,00. Londoner Wechsel 25,30.

**Florenz, 25. Juni.** 5 pSt. Italiensische Rente 96,87. Gold 21,96.

**Petersburg, 25. Juni.** Wechsel auf London 25,3, II. Orientanleihe 91,3. III. Orientanleihe 91,3.

**London, 25. Juni.** Consols 98,3. Italien. 5proz. Rente 86,3. Lombarden 7,3. 3proz. Lombarden alte 10,3. 3proz. do. neue 10,3. 5proz. Russen de 1871 91,3. 5proz. Russen de 1872 91,3. 5proz. Russen de 1873 90,3. 5proz. Türken de 1865 10,3. 5proz. fundirte Amerikaner 105,3. Dester. Silberrente 65. do. Papierrente —. Ungar. Goldrente 95,3. Dester. Goldrente 76,3. Spanier 18,3. Egypter —. Preuß. 4proz. Consols 99,3. 4proz. bair. Anleihe 99,3. Blagdiskont 1,3 pSt.

Aus der Bank flossen heute 8000 Pfd. Sterl.  
**Newyork, 24. Juni.** (Schluß-Course.) Wechsel auf London: in Gold 4 D. 85 C. Wechsel auf Paris 5,19,3. 5pSt. fund. Anleihe 103,3. 4pSt. fundirte Anleihe von 1877 108,3. Erie-Union 40,3. Central-Pacific 114,3. Kennec. Centralbahn 128,3.

### Produkten-Course.

**Köln, 25. Juni.** (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,75 fremder loco 26,00, pr. Juli 22,85. pr. November 20,10. Roggen loco 21,50, pr. Juli 18,80, pr. November 16,40. Hafer loco 16,50. Mühl loco 28,90, pr. Oktober 28,80.  
**Hamburg, 25. Juni.** (Getreidemarkt.) Weizen loco flau, auf Termine ruhig. Roggen loco ruhig, auf Termine ruhig. Weizen per Juni-Juli 213 Br., 212 Gd., per September-Oktober 194 Br., 193 Gd. Roggen per Juni-Juli 178 Br., 177 Gd., per September-Oktober 161 Br., 160 Gd. Hafer fest, Gerste ruhig. Mühl loco still, loco 55, per Okt. 57. Spiritus ruhig, per Juni 52,3 Br., per Juli-August 52,3 Br., per August-September 52,3 Br., per September-Oktober 52,3 Br. Raffee ruhig, Umlas 2500 Sack. Petroleum matt, Standard white loco 9,00 Br., 8,75 Gd., per Juni 8,75 Gd., per August-Dezember 9,00 Gd. — Wetter: Veränderlich.

**Bremen, 25. Juni.** Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 9,40 bz., per Juni —, per Juli 9,20, per August —, per August-Dezember 8,75 bz.  
**Paris, 25. Juni.** Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. Juni 30,60, pr. Juli 29,30, pr. Juli-August 28,60, pr. Sept.-Dezember 26,75. Roggen fest, per Juni 26,50, per Juli —, per Juli-August —, per September-Dezember 19,50. Mehl fest, pr. Juni 65,75, pr. Juli 64,00, pr. Juli-August 62,75, pr. September-Dezember 57,25. Mühl ruhig, per Juni 77,50, per Juli 77,75, pr. Juli-August 78,25, per September-Dezember 79,00. — Spiritus fest, per Juni 66,00, per Juli 65,50, per Juli-August 65,25, per September-Dezember 60,50. — Wetter: Veränderlich.

**London, 25. Juni.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 31,870, Hafer 57,670 Orts. Weißer fremder Weizen williger, angekommene Ladungen ungefragt. — Wetter: Schwül.

**Antwerpen, 25. Juni.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen still. Roggen unverändert. Hafer fest. Gerste behauptet.  
**Amsterdam, 25. Juni.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine geschäftslos, per November —. Roggen loco flau, auf Termine unverändert, per Juni 222, pr. Oktober 193. Naps per Herbst —, per Frühjahr 365. Mühl loco 32,3, per Herbst 33,3, per Mei 1881 34,3.

**Newyork, 24. Juni.** Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11,3, do. in New-Orleans 11,3. Petroleum in Newyork 9,3 Gd., do. in Philadelphia 9,3 Gd., rohes Petroleum 7,3, do. Pipe line Certificats 1 D. 07 C. Mehl 4 D. 25 C. Rother Winterweizen 1 D 22 C. Mais (old mixed) 51 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7,3. Raffee (Rio-) 14,3. Schmalz (Marke Wilcox) 7,3, do. Fairbanks 7,3. do. Robe & Brothers 7,3 C. Speck (short clear) 7,3 C. Getreidefracht 5,3.

Heute verstarb nach großen Leiden unsere geliebte Ehefrau und Mutter

### Pauline geb. Lange.

Dies zeigen wir statt besonderer Meldung mit der Bitte um stille Theilnahme ergebenst an.  
Die Beerdigung findet am 27. Juni Vormittags 8 Uhr vom Trauerhause, St. Martinstraße Nr. 64, ab statt.  
Bosen, den 25. Juni 1880.

Der Landgerichts-Direktor  
**Albinus und Kinder.**



Produkten-Börse.

Berlin, 25. Juni. Wind: —. Wetter: —. Weizen per 1000 Kilo loco 210-240 M. nach Qualität gefordert, W. Poln. m. Ger. — M. a. B. bez., feiner gelber Märkischer — M. ab Bahn bez., per Juni — M. bez., per Juni-Juli 214 bis 220-217 1/2 M. bz., per Juli-August 206-207-205 1/2 M. bez., per Sept.-Oktober 199 1/2-200-199 M. bez., per Oktober-November — M. bez., per Novbr.-Dezember — bez., Gefündigt 37000 Zentner. Regulirungspreis 218 M. — Roggen per 1000 Kilo loco 200-212 M. nach Qual. gefordert, Russischer 200 a. B. bezahlt, inländischer 211 M. ab Bahn bezahlt, Hochfein — M. a. B. bez., feiner — M. f. W. bez., per Juni 199-195 M. bez., per Juni-Juli 188-188 1/2-187 M. bez. B., per Juli-August 178-179-177 1/2 M. bez., per August-September — M. bez., per September-Oktober 168-168 1/2-167 1/2 M. bezahlt, per Oktober-November 165 1/2-166-165 1/2 M. bez. Gefündigt — Ztr. Regulirungspreis — M. bezahlt. — Gerste per 1000 Kilo loco 180-203 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 157-179 M. nach Qualität gefordert, Russischer 158-167 M. bez., Pommerischer 170-175 bez., Ost- und Westpreussischer — bez., Schleffischer 170-175 bez., Böhm. 170-175 bez., Galizischer — bez., per Juni 159 1/2-159 M. bez., per Juni-Juli 156 1/2-156-156 1/2 bez., per Juli-August 151 1/2 B., per August-September — M., per September-Oktober 145 1/2 M. B., Oktober-November — M. bezahlt. Gefündigt — Zentner. Regulirungspreis — M. bezahlt. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 186-205 Mark, Futterwaare 176-185 M. — Mais per 1000 Kilo loco 133 bis 136 M. bezahlt nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bezahlt, Amerikanischer 133 f. W. bezahlt. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 32,50-31,00 M., 0: 30,50-29,00 M., 0/1: 29,00 bis 28,00 M. — Roggenmehl inclusive Sack, 0: 28,00-27,00 M., 0/1: 27,00-26,00 Mark, per Juni 26,70 bis 26,50 M. bez.

per Juni = Juli 26,60-26,40 M. bez., per Juli = August 25,45 bis 25,20 bezahlt, per August = September — bez., per September = Oktober 24,40 — 24,35 Mark bezahlt, per Oktober = November 24,00-23,90 M. bez., per November = Dezember 23,75-23,65 M. bezahlt. Gefündigt 4000 Zentner. Regulirungspreis 26,60 bezahlt. — Delfaat per 1000 Kilo Winterarras — M., S./D. — bez., R./D. — Winterrüben neu 210-225 M., S./D. — bez., R./D. — bez. — Rübsöl per 100 Kilo ohne Faß 54,9 M., flüssig — M., mit Faß 55,2 M., per Juni 54,9 — M. bez., per Juni-Juli 54,9 — M. bez., per Juli-August 54,9 — M. bezahlt, per August — M. bez., per September-Oktober 55,9-55,8 M. bez., per Oktober-November 56,3-56,2 M. bez., per November = Dezember 56,7 Mark bezahlt. Gefündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mark bezahlt. — Leinöl per 100 Kilo loco 64 Mark. — Petroleum per 100 Kilo loco 27,2 M., per Juni 26,6 M. bez., per Juni-Juli — M. bez., per Juli-August — M. bez., per September-Oktober 26,2-26,0-26,2 M. bz., per Oktober-November — bez. Gefündigt — Zentner. Regulirungspreis — M. bez. — Spiritus per 100 Liter loco ohne Faß 64,9 bis — M. bez., per Juni 63,4 — 63,5-63,4 bezahlt, per Juni-Juli 63,4 — 63,5-63,4 bez., per Juli-August 63,4-63,6-63,5 bezahlt, per August-September 63,0 bis 63,1-62,9 bez., per September-Oktober 58,5-58,7-58,5 bez., per Oktober-November 56,0 M. bez. Gefündigt 80,000 Liter. Regulirungspreis 63,5 M. bez. (Berl. B.-Z.)

Erbsen: Kochwaare 165-175 M. Futterwaare 160-165 M. Mais: Rübsen: Raps: ohne Handel. Spiritus: pro 100 Liter à 100 pSt. 61-61,50 M. Rubelcours: 217 Mark. Stettin, 25. Juni (An der Börse.) Wetter: Regenig. + 18 Grad R. Barometer 28,2. Wind: West. Weizen ruhig, per 1000 Kilo loco gelber inländ. 213 bis 221 M. bez., weißer 216-223 M. bez., per Juni 222 M. Gd., per Juni-Juli 217 M. bez., per Juli-August 210 M. bez., September-Oktober 198 bis 198,5 M. bez. Gd. — Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loco inländischer 197-200 M., russischer 190-195 M. bez., per Juni 187,5 M. bez., Juni-Juli 185-184 M. bez. u. Br., per Juli-August 174 M. Br., per September-Oktober 164,5-165,5 M. bez., per Oktober-November — Gerste ruhig, per 1000 Kilo loco Brau- 168-172 M. Hafer still, 1000 Kilo loco Pommerischer 158-163 M., Russischer 150 bis 158 M. — Erbsen stille, 1000 Kilo loco Futter- 164-170 M. bez. Winterrüben höher, per 1000 Kilo per September-Oktober 260 bis 263 M. bez. u. Br., per Oktober-November — Rübsöl wenig verändert, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 55 M. Br., per Juni-Juli 54,5 M. Br., per September-Oktober 56 M. Br., Okt.-November — Spiritus Schluß fester, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 63 M. bez., per Juni und Juni-Juli 63,1 M. Br. u. Gd., per Juli-August 63,2-63,3 M. bez., 63,2 M. Br. u. Gd., August —, per August-Sept. 63 M. Br. u. G., per September-Oktober 57,5 M. nom. per Oktbr. = November — Angemeldet: 6000 Ctr. Roggen. Regulirungspreise: Weizen 222 M., Roggen 187,5 M., Rübsöl 54,5 M., Spiritus 63,1 M., Petroleum loco 9,5 M. trans. bez., per August-September —, Regulirungspreis 9,5 M. (Office-Ztg.)

Berlin, 25. Juni. Der Schluß des gestrigen Nachgeschäfts hatte durch mäßig erhöhte Course Aussicht auf eine kleine Besserung gemacht; doch waren die Abendbörsen ruhig geblieben und hatten auch der Eröffnung des heutigen Geschäfts keine Anregung geboten. Aus Wien traf heute die Meldung einer schwachen Haltung ein, und wenig fest setzten auch hier die Course ein. Doch erschien die Tendenz anfangs nicht gerade flau; erst als sich im Laufe der ersten halben Stunde herausstellte, daß doch noch mehr, als wohl von mancher Seite erwartet, zu prolongiren ist, während der Geldstand eher noch knapper erscheint, da begann die Contemtime einzugreifen und unter der Geltendmachung

politischer Befürchtungen die Course zu drücken. Kreditaktien setzten gegen das gestrige Nachgeschäfts rasch 3 Mark ein. Franzosen 2 Mark, unter den Renten die ungarische Goldrente 1/2, russische Anleihen 1/2 Prozent. Dagegen erschienen Galizier und Bergische sowie auch andere Eisenbahnwerte ziemlich fest; auch Laurabütte und Dortmund waren gut behauptet, angeblich weil die Eisennotierungen aus Glasgow etwas höher gemeldet waren. Im ganzen fehlte aber das Geschäft und bei vielen Papieren hatten die etwa namhaft gemachten Course keine Bedeutung, weil keine Abschlüsse dazu stattfanden. In den leitenden Spielpapieren fanden sehr zahlreiche, wenn auch an sich nur geringfügige

Schwankungen statt, welche die Tendenz meistens nennenschieden erweisen ließen. Die gegen baar gehandelten Aktien waren vernachlässigt; Anlagewerthe behauptet aber still. — Die Haltung befestigte sich im Laufe der zweiten Stunde; besonders fest lagen Galizier und vorübergehend Laurabütte. Auch Bank-Aktien fanden bessere Beachtung. — Bei Ultimo notirte man: Franzosen 492,50-2-5-494, Lombarden 145,50, Kredit-Aktien 491-89,50-91-490, Potsdamer Pferdebahn 103,50 bezahlt und Geld, Warichau = Wiener 5prozentige VI. Emission 99,40 bezahlt und Geld. Der Schluß war fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 25. Juni 1880. Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table of Prussian bonds and money market rates. Includes entries for Consol. Anleihe, Staats-Anleihe, Staats-Schuldsch., Berl. Stadt-Obl., Pfandbriefe, Rentenbriefe, Kur- u. Neumark., etc.

Börsen-Course.

Table of stock market prices for various companies and sectors. Includes entries for Bank- u. Kredit-Aktien, Eisenbahn-Stamm-Aktien, Industrie-Aktien, Wechsel-Course, etc.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table of bank and credit stock prices. Lists various banks like Babische Bank, Vf. Rheinl. u. Westf., etc., and their respective share prices.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table of railway stock prices. Lists various railway companies like Aachen-Maastricht, Altona-Kiel, Bergisch-Märkische, etc., and their share prices.